Sitzungsvorlage		Wahlperiode / Vorlagen-Nr.:	
		2014-2020 SV 1335	
		Datum:	
		28.10.2019	
		Status:	
		öffentlich	
Beratungsfolge:	Haupt- und Finanzausschuss Rat der Stadt Übach-Palenberg		
Federführende Stelle:	Fachbereich 1 Allgemeine Verwaltung		

Interkommunale Zusammenarbeit zum Betrieb eines Serviceportals für den Kreis Heinsberg und die kreisangehörigen Kommunen

Beschlussempfehlung:

1. Das Vorhaben, ein gemeinsames Serviceportal für den Kreis Heinsberg und die kreisangehörigen Kommunen einzuführen, wird unterstützt.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle Prüfungen vorzunehmen, um eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Serviceportals für den Kreis Heinsberg und die kreisangehörigen Kommunen vorzubereiten. Dabei ist durch mandatierende Vereinbarung dafür Sorge zu tragen, dass die Belange der kreisangehörigen Kommunen angemessen bei der Entscheidungsfindung zum Betrieb und zur Weiterentwicklung des Serviceportals sowie bei der Öffentlichkeitsarbeit beteiligt und berücksichtigt werden und eine Kostenbeteiligung der kreisangehörigen Kommunen an der Einrichtung und dem Betrieb des gemeinsamen Serviceportals über die Kreisumlage abgebildet wird.

Begründung:

Unter Federführung des Kreises Heinsberg haben der Kreis Heinsberg und die kreisangehörigen Kommunen in den vergangenen Jahren auf informeller Ebene daran gearbeitet, die Möglichkeiten eines gemeinsamen Serviceportals zu prüfen, über welches digitale Dienstleistungen der Kommunen angeboten werden sollen.

Schließlich wurde auf dieser Ebene das Vorhaben für sinnvoll und durchführbar erachtet. Denn bei Betrieb eines gemeinsamen Serviceportals können Synergieeffekte genutzt werden und so insgesamt der Betrieb wirtschaftlicher erfolgen. Darüber hinaus müssten sich ohne gemeinsames Serviceportal alle Kommunen den Herausforderungen für sich alleine stellen.

In der Folge wurde der Kreis Heinsberg mit der Ausschreibung eines gemeinsamen Serviceportals beauftragt. Dabei wurde auch angedacht, die Kosten für die Einrichtung und

Dezernent/Leiter der federführenden Stelle	Dezernent/Leiter der mitwirkenden Stelle	Kenntnisnahme des Kämmerers	Mitzeichnung sonstiger Stellen	Bürgermeister

den Betrieb des Serviceportals über die Kreisumlage zu finanzieren, da dies dem zu erwartenden Grad der Nutzung durch die Bürgerinnen und Bürger entspricht.

Nun ist es erforderlich, der weiteren Zusammenarbeit einen rechtlich verbindlichen Rahmen zu geben, damit die Beauftragung des Serviceportals unter Nutzung von Fördermöglichkeiten des Landes erfolgen kann. Aufgrund der bereits erfolgten Abstimmungen scheint als Organisationsform die öffentlich-rechtliche Vereinbarung geboten, mit welcher nach § 23 Abs. 1 Alternative 2 GkG NRW der Kreis verpflichtet würde, die Einführung und den Betrieb des Serviceportals für die übrigen Beteiligten durchzuführen und die Kosten über die Kreisumlage zu finanzieren. Im Gegensatz zu einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach der ersten Alternative des § 23 Abs. 1 GkG NRW würden bei einer solchen mandatierenden Vereinbarung die Kommunen weiterhin jede für sich zuständig bleiben und so deren angemessene Beteiligung am Betrieb, der Weiterentwicklung und der Öffentlichkeitsarbeit auch formell gesichert bleiben.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Einrichtung und den Betrieb des Serviceportals liegt ein Angebot in Höhe von 461.653 € für alle 11 Kommunen vor, finanziert über die Kreisumlage und mit Aussicht auf Landesförderung (Förderrichtlinie IKZ NRW).